

DIE GROSSE WENDE

Rezension von: Eduard März,
Österreichische Bankpolitik in der
Zeit der großen Wende 1913–1923: Am
Beispiel der Creditanstalt für Handel
und Gewerbe, Verlag für Geschichte
und Politik, Wien 1981

Die „große Wende“, wie Professor März die Zeit zwischen 1913 und 1923 nennt, war ein Jahrzehnt der Krisen für Österreichs Gesellschaft. Die imperialistische Aufrüstung führte in das Massengrab eines verlorenen Krieges; der Auflösung der Monarchie folgte nicht eine „österreichische Revolution“, sondern nach Jahren gewalttätiger Auseinandersetzungen der autoritäre Ständestaat. Auch die wirtschaftliche Entwicklung dieser Periode läßt sich als Geschichte unbewältigter Probleme auffassen: Die Hochkonjunktur der Vorkriegsjahre überschattete eine zunehmende Staatsverschuldung und Passivierung der Zahlungsbilanz. Die Kriegswirtschaft beraubte schließlich zahlreiche Betriebe ihrer Produktivkräfte. Der „Entgüterung“ folgte ein sich beschleunigender Preisauftrieb, der in eine galoppierende Inflation mündete, die selbst die Erfahrungen der napoleonischen Kriege übertraf. Die daraufhin notwendige Währungsstabilisierung erkaufte der Staat mit der Verarmung hunderttausender Familien, in denen Arbeitslosigkeit jede Hoffnung auf materielle Lebenssicherung zunichte machte.

Ursachen und Verlauf dieser gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erschütterungen stellt Professor Eduard März in seinem auf 6 Teile angelegten,

rund 600 Seiten umfassenden Werk „Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende: Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ dar. Trotz des bescheidenen Untertitels geht das Buch weit über die Geschichte eines einzelnen Kreditinstitutes hinaus; in zahlreichen Einschüben gibt Professor März ausführliche Darstellungen zu wichtigen wirtschaftlichen und politischen Einzelfragen; wie etwa dem Vorkriegszahlungsbilanzdefizit; der Organisation der Kriegswirtschaft; oder den verschiedenen Nachkriegsplänen zur Budget- und Währungsreform.

Die Wahl der Creditanstalt als Spiegel der wirtschaftlichen und politischen Probleme Österreichs ergibt für den Leser ein besonderes wirtschaftshistorisches Bild. So taucht beispielsweise der Nationalitätenstreit in den Vorkriegsjahren als Faktor im oligopolistischen Kampf um Marktanteile zwischen verschiedenen Bankinstituten auf; die tschechischen Banken erklärten ihre gezielte Expansionspolitik zu einer Frage nationaler Selbständigkeit. „Los von Wien“ war eine wertvolle Parole in dem nichtpreislichen Wettbewerb des Kreditsektors. Die Creditanstalt wählte (sowie die Regierung auf politischer Ebene) den Weg einer vorsichtigen Konsolidierung. Auf die aggressiven Methoden neu aufstrebender Konkurrenten wollte sie sich nicht einlassen; schon allein des hohen Risikos wegen.

Das Portefeuille der Creditanstalt zeigte am Vorabend des 1. Weltkrieges weitverzweigte Interessen. In fast jedem bedeutenden Wirtschaftszweig bestanden Engagements, die Professor März für das Jahr 1913 übersichtlich und detailliert in Schaubildern dokumentiert. Unter den zahlreichen bekannten Firmen (wie der Gösser Brauerei, der Vöslauer Kammgarnfabrik, der Skoda-Werke, des Stabili-

mento Tecnico, der AEG-Union) befanden sich auch Unternehmungen, die aus der Rüstungsproduktion für den Weltkrieg große Gewinne ziehen sollten.

Auf den Ausbruch des Krieges war die politische und administrative Führung der Monarchie nicht vorbereitet. Man hatte im Grunde doch nur mit einer wenige Wochen dauernden Störung des normalen Laufes der Dinge gerechnet. Doch selbst während der ersten Monate erwies sich die Verwaltung den Aufgaben nicht gewachsen. Unüberlegte Kurzschlußhandlungen (wie das wechselseitige Getreideembargo der Verbündeten) und unverständliche Unterlassungen (wie die fehlende Absicherung der Rohstoffversorgung) führten die Wirtschaft schon zu Kriegsbeginn nahe an den völligen Zusammenbruch. Die von Professor März exemplarisch dargestellte Kriegsbewirtschaftung disponierte, wenn schon nicht zu spät, oder überhaupt falsch, so auf jeden Fall außerordentlich ineffizient. Diese Form einer ansatzweise zentralen Wirtschaftslenkung wird auch bei zahlreichen zeitgenössischen Beobachtern traumatische Eindrücke über die Konsequenz einer Ausschaltung der Ressourcenallokation über den Markt durch bürokratische Apparate und ihre immer wieder auch korrupten Vertreter hervorgerufen haben. Daß dieses Regime u. a. „Kriegssozialismus“ genannt wurde, mußte Vertretern liberalistischer Wirtschaftsauffassung als bestechendes Argument für ihre Ansichten erschienen sein.

Auch die Bewirtschaftung des Geld- und Kapitalverkehrs war anfangs undurchdacht. So verpflichtete etwa das 1914 erlassene Moratorium die Mieter ihre Mietschulden zu begleichen, untersagte ihnen aber die Abhebung der dafür notwendigen Geldmittel. Indes, die Banken wußten sich besser zu helfen als viele Unternehmungen, deren Betrieb durch Requirierungen und Einberufungen schwer gestört war. Schon im November 1914 wurde

die erste Kriegsanleihe aufgelegt, die zu zeichnen damals nicht nur als „eine selbstverständliche, patriotische Pflicht“, sondern auch als „überaus vorteilhaftes Geschäft“ erschien. Das war allerdings für das breite Publikum unzutreffend; sofern es Frontkampf, Hunger und die große Grippeepidemie überhaupt überstand, sollte es in der großen Inflation erleben, daß diese „patriotischen Ersparnisse“ zu einem wertlosen Stück Papier wurden. Den Banken dagegen, die sich mit bedeutenden Nostrozeichnungen an den Kriegsanleihen (deren Organisation Professor März detailliert darstellt) beteiligt hatten, blieb ein ähnliches Schicksal erspart; die Belehnung ihrer Anleihebestände bei der Nationalbank erlaubte es ihnen, sich gegen die Entwertungen wenigstens teilweise abzusichern.

Trotz des Vorranges der Kriegsanleiheoperationen blieb den großen Wiener Banken auch nach 1914 genug Spielraum für ertragreiche Geschäfte; etwa die verstärkte Finanzierung von Militärlieferungen oder Import-Export-Geschäften. Bei vorsichtiger Disposition konnte die Creditanstalt immerhin in den Jahren 1915–1917 Dividenden zwischen 10 und 13 Prozent ausschütten.

Völlig ungeschoren kamen die Banken indes nicht davon. Die Auflösung der Monarchie zwang die Creditanstalt, ihre Filialen und letztlich auch ihre industriellen Engagements in den Nachfolgestaaten aufzugeben. Zu einer bloß nationalen Bedeutung war die Creditanstalt damit jedoch nicht herabgesunken. Durch die enge Verbindung mit dem Haus Rothschild gelang es im Jahre 1920 anläßlich einer Kapitalaufstockung, ausländische Finanzkreise zu einer Beteiligung an der Creditanstalt zu gewinnen. Professor März zeichnet mit faszinierenden Einzelheiten die beweglichen Dispositionen nach, mit denen die Creditanstalt in den Nachkriegsjahren durch Portefeuilleumschichtungen auf die wechselnden Situationen am Kapital-

markt, im Kommissions- oder Devisengeschäft reagierte.

Die gefährlichste Bedrohung erwuchs dem Wiener Bankwesen in dieser Zeit nicht durch äußere wirtschaftliche Entwicklung, sondern durch einen inneren sozialen Wandel. Die Gewalt, List und Drohung enthaltende Atmosphäre des Krieges (jene der „Letzten Tage der Menschheit“) hatte vor den eleganten Büros der Bankdirektoren nicht haltgemacht. Zumal in ihnen nicht mehr nur langgediente Vertraute der Finanzwelt saßen, sondern Bosels und Castiglioni. Sie drohten in einer Reihe von Gewaltstreichen übermächtige Finanzimperien aufzubauen. Obwohl soziale Außenseiter, taten diese „homines novi“, wie Professor März sie in seiner materialreichen Schilderung ihrer spektakulären Schachzüge nennt, doch bloß, was ihnen die Spitzen von Politik und Gesellschaft, wenn auch weniger offen, demonstriert hatten. Hatte nicht der angesehene Privatbankier Kola, der gleichzeitig der Devisenhändler des Staatsamtes für Finanzen (unter der Leitung von Josef Schumpeter) war, seine Stellung benutzt, um bedeutende Teile des Kapitals der Alpine-Montan-Gesellschaft in italienische Hände zu spielen? Der Protest in der sozialdemokratischen Presse hatte damals nichts genützt.

Das Wechselspiel von Wirtschaft, Finanzkapital und Politik wird auch an den zahlreichen Persönlichkeiten deutlich, die als Protagonisten in der Untersuchung von Professor März sichtbar werden; beispielsweise Alex-

ander Spitzmüller, aus dessen Autobiographie Eduard März immer wieder interessante Beobachtungen zitiert, war vor seiner Zeit als Direktor der Creditanstalt im öffentlichen Dienst tätig; er verließ die Creditanstalt einer Berufung in die Regierung wegen.

Allerdings erfolgte die wechselseitige Beeinflussung von Politik und Wirtschaft nicht in erster Linie durch persönliche Erfahrungen. Die von der Politik ausgehenden Impulse wurden etwa in der von der Genfer Sanierung ausgelösten Stabilisierungskrise besonders spürbar. Mit dem ersten Jahr dieser Krise schließt Professor März sein faszinierendes Werk ab (das vermutlich auf die österreichische Wirtschaftsgeschichtsschreibung einen ähnlich anregenden Einfluß ausüben wird, wie dies das 1968 von Professor März erschienene Buch „Österreichische Industrie- und Bankenpolitik in der Zeit Franz Joseph I.“ tat).

Das Ausmaß der ökonomischen Depression läßt sich aus einer Aufstellung am Ende des Buches ablesen: In der elektrotechnischen Industrie lag 1923 die Kapazitätsauslastung nur bei 50 Prozent, in der Maschinenindustrie und bei den Eisen- und Stahlwerken nur bei 40 Prozent. Anfang 1922 waren rund 34.000, ein Jahr später über 160.000 unterstützte Arbeitslose registriert. „In der Retrospektive zeigt das Jahr 1923 bereits alle wirtschaftlichen Schwächen auf, die zur Krise der frühen dreißiger Jahre führten.“

Michael Wagner